

Bayern: Landtagskandidaten im Internet auf dem Prüfstand



SPD-Spitzenkandidat Franz Maget.

M ü n c h e n (idea) – Wer den bayerischen Landtagskandidaten vor der Wahl am 28. September auf den Zahn fühlen will, kann das über die Internetseite kandidatenwatch.de tun.

Nutzer der Seite haben hier unter anderem die Möglichkeit, sich über die Wahlprogramme der Parteien zu informieren und Fragen zu beliebigen Themen an die Kandidaten zu richten. Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) wird dort bereits aufgefordert, zu

kirchlichen Themen Stellung zu nehmen. „Warum verschließen Sie Ihre Augen vor der prekären Arbeitssituation in Kirchen und Diakonien, obwohl Sie selbst kirchlich in den höchsten Gremien aktiv sind?“ lautet eine Frage. Beckstein ist Mitglied der evangelischen bayerischen Landessynode. Ein anderer Fragesteller will wissen, wie sich der Ministerpräsident zur katholischen Kirche und ihren Lehren zu Zölibat, außerehelichem Sex und Teufelsaustreibungen stellt. Zu den kirchlichen Fragen liegen derzeit allerdings noch keine Antworten Becksteins vor. Das ist nicht ungewöhnlich – auch andere Kandidaten antworten angesichts ihrer zusätzlichen Belastung im Wahlkampf zeitverzögert.

SPD-Spitzenkandidat kritisiert Sexualmoral der katholischen Kirche

SPD-Spitzenkandidat Franz Maget hat dagegen auf Fragen zur katholischen Kirche bereits reagiert: „Ich teile ausdrücklich Ihre kritische Haltung gegenüber absurden Praktiken der sogenannten Teufelsaustreibung und ich kritisiere ebenso die verfehlte Sexualmoral der katholischen Kirche.“ Die aus der CSU ausgetretene umstrittene Ex-Landrätin Gabriele Pauli, die nun für die Freien Wähler antritt, lässt die Fragesteller wissen, dass ihr im Gegensatz zu Landtagsabgeordneten kein eigenes Büro für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehe. Deshalb könne sie die Vielzahl von Fragen nicht persönlich beantworten – potenzielle Wähler sollten in ihre Veranstaltungen kommen. Betrieben wird die Internetseite kandidatenwatch.de von dem Verein „Parlamentwatch“, der nach eigenen Angaben überparteilich und institutionell unabhängig ist.